

FRANKFURTER ZEITSCHRIFT
FÜR GEMEINDEPSYCHIATRIE

Treffpunkte

Sonderheft Dezember 1995

25

25 Jahre

Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie
Frankfurt am Main e.V.

20 Jahre Zeitschrift »Treffpunkte«

Liebe Leser !

Dies ist die erste offizielle Ausgabe der TREFFPUNKTE.

Zwei Probenummern sind vorausgegangen. Die positive Resonanz hat uns ermutigt weiterzumachen.

Wer die beiden Probenummern gelesen hat, wird einiges wiederfinden, was ihm bereits bekannt vorkommen mag. Wir wiederholen uns deshalb, weil wir meinen, daß wichtige Aussagen zur Zielsetzung dieser Zeitung nicht vergessen werden sollten.

Die TREFFPUNKTE wollen keine „Patientenzeitung“ sein. Sie möchten vielmehr dazu beitragen, die Distanz zwischen Betroffenen und Befassten, zwischen Betreuten und Betreuern sowie der mehr oder minder beteiligten Öffentlichkeit vermindern zu helfen. Der Name TREFFPUNKTE scheint uns geeignet, dieses Anliegen zu verdeutlichen.

Hierbei geht es nicht darum, die Realität seelischen Leidens und psychischen Krankseins zu verwischen oder zu verleugnen. Bedenklich ist die Wertung, die hiermit verbunden ist und die Haltung, die solche Wertungen ermöglicht. Was not tut, ist nicht nur ein vertieftes gegenseitiges Verständnis, sondern auch verändertes Selbstverständnis - auf beiden Seiten.

Klaus DÖRNER hat hierzu kürzlich Bemerkenswertes gesagt. Seine Thesen zur Selbsthilfe haben wir dieser ersten Ausgabe der TREFFPUNKTE mit Bedacht vorangestellt.

Auch die Bemühungen von Ernst KLEE sollten dem gegenseitigen Verstehen dienen. Im Rahmen einer Sendereihe des Hessischen Rundfunks unter dem Titel „Die kranke Seele“ leitete er die Arbeiten zu dem am 03.12.76 ausgestrahlten Beitrag „Klinikinsassen machen eine Sendung“.

Er schrieb uns seinerzeit:

„Ziel der Sendung ist es, daß sich Patienten mit ihren Konflikten, Problemen und Nöten selber zu Wort melden. Es geht darum, daß nicht Fachleute, Helfer, Betreuer informieren, welche Gefühle psychisch Kranke haben, was sie bedrückt, wie sie sich sehen, wie sie mit ihrer Situation fertig werden, sondern daß die Betroffenen selbst die Initiative ergreifen.“

Die Diskussionen im Anschluß an diese Sendung haben allerdings sehr deutlich gezeigt, wie groß das gegenseitige Ausmaß der Mißverständnisse und vorgefaßten Meinungen ist und wie tief die Kluft, die es zu überwinden galt.

Auch die TREFFPUNKTE wollen das gemeinsame Gespräch ermöglichen. Nochmals: Helfen Sie mit, daß diese Zeitung ihrem Anspruch gerecht wird.

Ihre Redaktion

Christof Streidl

im Januar 1977

Liebe Leser !

Vor mehr als achtzehn Jahren ist dieses Vorwort von Christof Streidl in der ersten offiziellen Ausgabe der TREFFPUNKTE im Januar 1977 erschienen.

Mit dem Start dieses Jahrgangs hatte die etwas bange Erwartung der Redakteure ob der Resonanz bei der Leserschaft schon ein wenig nachgelassen: nach der Herausgabe der beiden sogenannten 0-Nummern im November und Dezember 1976 kamen bereits etliche Leserbriefe an die Redaktion, es wurden Themenvorschläge gemacht, viele meldeten ihr Interesse mitzuarbeiten an. Die erste Zeitschrift für Gemeindepsychiatrie war geboren !

Ich erinnere mich noch gut an die anfänglichen Redaktionssitzungen in unserer Wohnung in der Savignystraße; später mußten die Treffen ins Tulpencafe verlegt werden, da der Kreis der redaktionell Interessierten stark zugenommen hatte. Die Redaktionssitzungen waren offen für jedermann - so lautete der Anspruch der Herausgeber.

Über acht Jahre hinweg lagen Endredaktion, Layout und Herstellung der TREFFPUNKTE bei Christof Streidl.

Wenngleich an der Fertigung der Zeitschrift nie unmittelbar beteiligt, habe ich doch aus nächster Nähe erlebt, wieviel Kraft, Zeit und Engagement ihn die TREFFPUNKTE kosteten, aber auch die Freude und den Stolz gesehen, wenn er ein neues fertiges Exemplar in Händen hielt.

Seine beruflichen Anforderungen begannen schließlich so viel Raum einzunehmen, daß die Herausgabe der TREFFPUNKTE darunter erheblich litt - langjährige Leser werden sich vielleicht noch an das „Umbruchjahr“ 1985 erinnern: die Zeitschrift wurde zum TREFFPUNKTE-JOURNAL und erschien bis Ende 1990 unter der Redaktion von Eva-Maria Di Bella.

Gleichfalls im Jahre 1990 wurden die TREFFPUNKTE in ihrer ursprünglichen Form als Themenheft von Jürgen Lilischkies wieder aufgegriffen und in den folgenden zwei Jahren weitergeführt. Nach dessen Ausscheiden aus unserem Verein übernahm Werner Schäfer die redaktionelle Verantwortung für Inhalt und Gestaltung der Zeitschrift. Seit 1994 liegen diese Aufgaben beim Redaktionsteam des Bamberger Hofes.

Bei allen Redakteuren, die über zehn Jahre lang die TREFFPUNKTE gestaltet haben, möchten wir uns herzlich bedanken: sie haben mit ihrer Arbeit, ihrem Engagement und ihrem Know-how eine Idee weitergetragen, die gemeindepsychiatrisches Denken und Handeln bestimmen sollte. Wie schon der Gründer der Zeitschrift in seinem Vorwort damals sagte:

„ Was not tut, ist nicht nur ein vertieftes gegenseitiges Verständnis, sondern auch ein verändertes Selbstverständnis - auf beiden Seiten .“

Ursula Streidl
Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e.V.

im November 1995

Festprogramm

Donnerstag, 30. November 1995

11⁰⁰ Uhr FEIERSTUNDE

in der Aula des Wilhelm-Polligkeit-Institutes
Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Ffm

Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, Herrn Wolfgang Strehse

11¹⁵ Uhr Grußworte der Stadt Frankfurt am Main
des Landes Hessen und
des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

11⁴⁵ Uhr Festrede „Der Integrationsgedanke in der Psychiatrie -
was ist aus ihm geworden;
hat er eine Zukunftschance?“

durch Prof. Wolfgang Pittrich,
Landschaftsverband Westfalen-Lippe

12³⁰ Uhr Ausklang

mit Musik von Lüder Selge und Band

18³⁰ Uhr FRANKFURTER TÖNE

Kulturelle Veranstaltung in der Kapelle des Zentrums der Psychiatrie
Heinrich-Hoffmann-Str. 10
60528 Ffm

mit Texten von Ephraim Kishon und Friedrich Stolze,
vorgetragen von Dr. Thomas Holzmann

Gedichten, Kurzgeschichten und Satiren
von und mit - Matthias Schmidt / M.A.F. Gummibaum

musikalisch umrahmt von H. Becker

Freitag, 1. Dezember 1995

**13⁰⁰ Uhr BÜRGERHILFE SOZIALPSYCHIATRIE
FRANKFURT AM MAIN e.V. - ein Verein stellt sich vor -**

Vorstellung des Vereins, seiner Einrichtungen und Projekte
in der Tagesstätte TEPLITZ-PAVILLON
Teplitz-Schönauer-Str. 1a, 60598 Ffm

18⁰⁰ Uhr HAPPY BIRTHDAY PARTY

Disco in der Begegnungsstätte TREFFPUNKT SÜD
Mörfelder Landstr. 45a, 60598 Ffm



GRETE WERTHEIMER

Begrüßungsworte des 1. Vorsitzenden, Herrn Wolfgang Strehse

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.
Sie wird vom Volke in Wahlen und
Abstimmungenausgeübt.“

Das Volk, das hier in Artikel 20 Absatz 2
des Grundgesetzes gemeint ist, sind
natürlich wahlberechtigte Bürgerinnen und
Bürger, mündige Demokraten.

Ich begrüße Sie als 1. Vorsitzender des
gemeinnützigen Vereins Bürgerhilfe
Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main zur
Feier unseres 25-jährigen Bestehens sehr
herzlich.

Das Konzept vom Bürger, vom
selbstbewußten, demokratischen, solida-
rischen Bürger - ich meine auch immer die
Bürgerin - ist mit Sicherheit auch das
Konzept derer gewesen, die diese
Bürgerhilfe gegründet und fachlich-
inhaltlich, aber auch politisch-bürgerlich
mit Leben gefüllt haben.

Diesen Verein gibt es seit 25 Jahren, weil
es unter uns Menschen immer Bürger gab,
die in Bedrängnis sind, in seelischer Not, in
materieller Not und - besonders tragisch
kombiniert - in seelischer und materieller
Not. Sie leben im E -land. Wenn mein
Wissen über die Bibelübersetzung richtig
ist, ein Begriff, den Luther eingeführt hat,
der eigentlich Aus -land meint. Menschen
mit schweren seelischen Problemen leben
im Ausland, außerhalb von uns.

Das dürfen wir als Bürgerinnen und
Bürger nicht zulassen.



Warum dürfen wir das nicht zulassen?

Angst, Hilflosigkeit, erlebte Aussichts-
losigkeit, fehlendes Selbstbewußtsein und
materielle Not führen Menschen in
Autodestruktivität, Aggressivität oder
auch Lethargie.

Wir wissen spätestens seit den vierziger
Jahren, seit der Forschung deutscher
Emigranten in den USA über die Ursachen
des Faschismus, daß ängstliche und ohne
Selbstbewußtsein ausgestattete Menschen
(die als solche erzogen wurden!), sich nach
„rechts“, ins Extreme ausgrenzen, in

politische Ecken wandern, wo sie glauben, Identität, das heißt sich selbst zu finden. Daß sie dort gar nichts oder etwas anderes, als sie phantasierten, finden, merken sie erst hinterher.

Bürgerinnen und Bürger können im ureigensten Interesse nicht zulassen und nicht wollen dürfen, daß Mitbürger ins Extremistische, Fanatische, ins E-lend sich selbst ausgrenzen, weil sie sich nicht mehr zugehörig fühlen oder daß sie von anderen ausgegrenzt werden.

Sie sind und bleiben Mitbürger.

Randgruppen, die aus Angst, Hilflosigkeit, Armut, erlebter Aussichtslosigkeit fehlender „gesunder“ Identität entstehen, die wir aus unserer Bürgermitte ausgliedern - die sich gelegentlich selbst ausgliedern, wofür man sie nicht verantwortlich machen darf - bilden natürlich auch die Menschen mit sehr schweren seelischen Konflikten und Problemen, Lebenslagen, die sie - bis hin zur manifesten Krankheit - nicht mehr selbst lösen können. Auch sie sind Bürger und brauchen die Hilfe und Solidarität der anderen.

Wie Angst und Ausgrenzung ineinandergehen, erlebte ich während meiner Nachkriegskindheit und -jugend in Hamburg: es wurde gedroht, man komme in die Feuerbergstraße, nach Ochsenzoll oder gar zu Bürger-Prinz. Die Feuerbergstraße war das geschlossene Heim für Schwererziehbare, Ochsenzoll war die psychiatrische Anstalt an der fernen nördlichen Stadtgrenze und Bürger-Prinz war Ordinarius für Psychiatrie am Universitätskrankenhaus Eppendorf.

Ich habe von 1961 bis 1966 in Hamburg Psychologie studiert und mich sehr für

Psychiatrie interessiert, die dort seinerzeit eben von Hans Bürger-Prinz und Hans-Joachim Bochnik (die Ärzte, die ich kennenlernte) vertreten wurde.

Es gehört zu meinen bleibenden Erinnerungen, daß Hans Bürger-Prinz, wahrscheinlich 1964, im überfüllten Audimax einen Vortrag über den „Wahn“ hielt. Ein verstehbarer, faszinierender Vortrag über das, was in uns Wahn ausmacht. Zum Schluß gab es Fragen und Diskussionen ohne Ende, bis Bürger-Prinz sagte: „...eine letzte Frage noch.“

Wenn ich mich recht erinnere, fragte ein Student sinngemäß: „...wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Professor, sind wir mehr oder minder alle vom Wahn befallen?“

Bürger Prinz zögerte, blickte ihn an und meinte: „Junger Mann, wenn Sie Filter-Zigaretten rauchen, können Sie sich diese Frage selbst beantworten.“ Tosender Applaus.

Wir „Gesunden“ - das sind die mit dem Filter-Wahn - haben kein Recht, die „Kranken“ - das sind die mit dem „richtigen“ Wahn - auszugrenzen. Der Wahnkranke ist Bürger wie der Filter-Raucher.

Die von Psychiatrie Betroffenen unter uns, das sind die Bürgerinnen und Bürger, die Patienten oder Klienten sind oder waren, die Bürger, die Politiker sind und die als Politiker Bürger sind, die Bürger, die Psychiatrie-Fachleute, -frauen sind und die Psychiatrie-Fachfrauen, die Bürgerinnen sind, fordere ich auf, füreinander einzustehen, einander zu helfen, nicht durch „Mitleid“, sondern indem wir uns ansehen, uns zuhören, uns anerkennen und

uns ernst nehmen, uns so behandeln, wie wir selbst behandelt werden möchten: als selbstbewußte Bürger und Bürgerinnen.

So gleich(-berechtigt) wie wir Menschen sind, so verschieden sind wir auch; wir müssen das zulassen und aushalten, weil wir letztlich alle Filter-Zigaretten rauchen.

Zum Schluß möchte ich zwei Zitate aus den Büchern renommierter Bürger einbringen.

Die Juristin und Bürgerin Helga Einsele schreibt in ihrem 1994 erschienenen Buch „Mein Leben mit Frauen in Haft“:

„Ungemein wichtig war für uns die Mitarbeit von Außenstehenden, seien es Praktikantinnen, Rechtsreferendarinnen oder ehrenamtliche und freie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Wir haben damit so früh wie möglich angefangen und sie in unsere regelmäßigen Teamgespräche einbezogen. Dadurch erhielten wir uns den Kontakt mit Entwicklungen und Vorstellungen, die außerhalb unseres Hauses entstanden, und bekamen vor allem Kritik, die nicht von Betriebsblindheit verstellt war. Ich glaube, daß uns auch das vor einer Verengung unseres Horizontes bewahrt hat.“

Fast noch bürgernäher schreibt der Bürger und Nervenarzt Reinhart Lempp, jahrelang Kinder- und Jugendpsychiater in Tübingen und forensischer Gutachter in seinem 1977 erschienenen Buch „Jugendliche Mörder“ fast ganz am Schluß seiner Ausführungen und wissenschaftlichen Erkenntnis:

„Den Typ des spezifisch jugendlichen Mörders gibt es gar nicht. Die jugendlichen Mörder sind Jugendliche wie viele andere auch.“

Bürger-Prinz, Helga Einsele und Lempp fordern uns auf, die Grenzen in unseren Köpfen abzubauen. Wenn Sie Grenzen abbauen wollen, wenn Sie das, was die Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie 25 Jahre lang in Frankfurt getan hat und hoffentlich weiter leisten kann und wofür ich allen Mitgliedern, Helfern und ehrenamtlichen wie hauptamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen danken möchte, überzeugt, wenn Sie Bürger sind, so unterstützen Sie uns, in welcher Form auch immer.

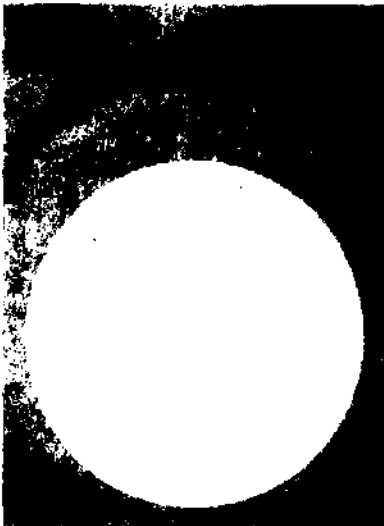
Ohne Sie gibt es keinen freien Träger und kein gemeinnütziges Bürgerwohl. Seelisches und materielles Bürgerwohl brauchen wir alle, weil unsere Gemeinschaft sonst zerbricht.

Ich danke Ihnen.

TREFFPUNKTE

Monats-Info für Freizeit-Kontakte-Diskussionen

Herausgegeben von der BÜRGERHILFE SOZIALPSYCHIATRIE FRANKFURT E. V.
In Verbindung mit der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Frankfurt am Main



10 Jahre Bürgerhilfe!
5 Jahre Treffpunkte!



Druck und Vertrieb: FRANKFURTER VEREIN FÜR SOZIALE HEIMSTÄTTEN E. V.
Reha-Werkstatt Rödelheim, Biedenkopf Weg 40, 6000 Frankfurt a. M. 90
Telefon (0611) 784181 · Einzelheft bei Postzustellung: DM 2,50 (Schutzgebühr)

SONDERDRUCK

25 Jahre Bürgerhilfe

In Erinnerung an Christof Streidl, Gründungsmitglied und seit 1978 ohne Unterbrechung 1. Vorsitzender der Bürgerhilfe, verstorben am 1. August 1992, veröffentlichen wir an dieser Stelle nochmals die von Frau Margarete Peters, Leiterin des Stadtgesundheitsamtes gehaltene Trauerrede.

Liebe Frau Streidl,
Florian,
sehr geehrte Trauergemeinde,

wir alle können es immer noch nicht begreifen und nicht verstehen, daß Christof Streidl nicht mehr lebt. Wir finden keine angemessenen Worte, unsere Trauer und Hilflosigkeit auszudrücken. Er fehlt uns und wir vermissen ihn sehr.

Vielen von uns war er nicht nur Kollege, sondern ein wahrer Freund, einer, der zuhören konnte und der stets ehrlich auf unsere Fragen antwortete. Er war oft unbequem, weil er niemandem nach dem Mund redete. Um so sicherer konnte man sich auf ihn verlassen. Die Rebellion seiner Jugend - er sprach manchmal davon - versickerte nicht in Behäbigkeit und Resignation, sondern mündete in eine innere Unabhängigkeit und eine Lebensauffassung von großer moralischer Kraft.

Die „Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main“, deren langjähriger Vorsitzender er war, schrieb in ihrer Anzeige „Er war mit großer Geduld und Freundlichkeit den Menschen zugewandt“. Diese Geduld und Freundlichkeit haben wir alle in hohem Maße erfahren dürfen. Und hier möchte ich auch Ihnen, liebe Frau Streidl, danken für Ihre Geduld, da Sie ja oft auf ihn verzichten mußten.

Christof Streidl nahm 1974 seine Tätigkeit als Stadtarzt im Gesundheitsdienst der Stadt Frankfurt am Main auf. Er hat mit seinem ärztlichen Denken und seinem

enormen Arbeitseinsatz in den letzten 20 Jahren die Sozialpsychiatrie in Frankfurt am Main aufgebaut und wesentlich geformt. Er selbst war ihr Zentrum, ihr ruhender Pol. In diesem Sinne setzte er das Werk des Frankfurter Stadtarztes und Psychiaters Heinrich Hoffmann fort, mit dessen Ideen und Schriften er sich sehr verbunden fühlte. Wie dieser war er den drängenden Problemen seiner Zeit aufgeschlossen und setzte sich auch für unbequeme, viel persönlichen Einsatz fördernde Lösungen ein.

So war er an der Einrichtung des Frankfurter Methadon-Programms des Stadtgesundheitsamtes maßgeblich beteiligt. Und er arbeitete zuletzt mit uns zusammen an der derzeit geplanten Ausweitung des Substitutionsangebotes für die Frankfurter Drogenabhängigen.

Neben seiner regulären Arbeit gab er Impulse zur Verbesserung der psychiatrischen Versorgung in Frankfurt am Main. Als Mitbegründer und gleichzeitig ehrenamtlicher Vorsitzender der „Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e.V.“ förderte er den Aufbau der Gemeindepyschiatrie. Im gleichen Sinne engagierte er sich in der Arbeitsgemeinschaft für Behinderten- und Gefährdetenhilfe der Hessischen Gesellschaft für Sozialpsychiatrie und wurde Vorsitzender im Arbeitskreis „Hessisches Betreuungsgesetz“.

Das Wirken von Christof Streidl ging weit über Frankfurt am Main hinaus. Auch auf Landes- und Bundesebene engagierte er sich und gab maßgebliche Anregungen.

Er war einer der Gründer des Arbeitskreises „Psychiatrie“ im Bundesverband der Ärzte und Zahnärzte des öffentlichen Gesundheitswesens und dessen Sprecher. Er war es - und hier wird seine Grundhaltung deutlich - der anregte, den Arbeitskreis von „Sozialpsychiatrie“ in „Psychiatrie“ umzubenennen, weil Psychiatrie für ihn immer und zuallererst sozial war.

Sein Einsatz für seine Mitmenschen kannte keine Grenzen. Zuletzt wurde ihm dieser sein ärztlicher und menschlicher Einsatz zum Verhängnis.

Er war stets voller Pläne und Ideen. Viele seiner Ideen und Ziele, für die er streitbar und engagiert gekämpft hat, wie die gemeindenahe stationär-psychiatrische Versorgung der Frankfurter Bürger, konnten leider nicht mehr verwirklicht werden.

Wir werden uns bemühen, seine Arbeit fortzuführen und die gemeinsam angestrebten Ziele in seinem Sinne zu verwirklichen.



Amor 1977



CHRONOLOGIE

des Vereins

BÜRGERHILFE SOZIALPSYCHIATRIE FRANKFURT AM MAIN e.V.

1. Dezember 1970

- Vereinsgründung

Zwölf Mitglieder unterschiedlicher Berufsgruppen der damaligen Universitäts-Nervenklinik, dem heutigen Zentrum der Psychiatrie, gründen den Verein **BÜRGERHILFE SOZIALPSYCHIATRIE FRANKFURT AM MAIN**

Als Vereinsziele werden Öffentlichkeitsarbeit, Hilfen zur Verbesserung der klinischen Versorgung und die Errichtung von Wohngemeinschaften für psychisch Kranke in der Satzung verankert.

Am 21.01.1971 wird der Verein als gemeinnützig anerkannt und am 23.06.1971 in das Vereinsregister beim Amtsgericht Frankfurt am Main eingetragen.

Oktober 1971

- Einrichtung einer 1. Wohngemeinschaft

Im Oktober 1971 richtet der Verein eine der bundesweit ersten Wohngemeinschaften für psychisch kranke Menschen in Frankfurt-Sachsenhausen ein.

Betreuung und medizinische Versorgung der fünf Bewohnerinnen und Bewohner werden von Vereinsmitgliedern übernommen.

August 1972

- Aufnahme in den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - LV Hessen

1973

- Anerkennung als Dienststelle für Kriegsdienstverweigerer

1974

- 1. Kulturelle Veranstaltung im Zentrum der Psychiatrie

Die vom Amt für Wissenschaft und Kunst der Stadt Frankfurt am Main geförderte und seit langen Jahre zum festen Bestandteil der Frankfurter Kultur-Szene gehörende Initiative hat wesentlich zur Öffnung der Klinik nach außen beigetragen.

Viele auch überregional bekannte Künstler der unterschiedlichsten Genres - Musiker, Dichter, Schauspieler, Tänzer und viele andere - treten im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe in der Klinik auf.

Bis heute haben fast 200 Kulturelle Veranstaltungen im Zentrum der Psychiatrie stattgefunden.

1975

- Gründung des Theaterkreises

Ergänzend zu den Kulturellen Veranstaltungen wird ein Theaterkreis ins Leben gerufen.

Patienten, Mitarbeiter der Klinik und Vereinsmitglieder treffen sich unter Mitarbeit einer ehemaligen Schauspielerin regelmäßig zur Vorbesprechung von Theaterstücken und besuchen diese auch gemeinsam.

Im Anschluß werden die Stücke - häufig gemeinsam mit an den Aufführungen beteiligten Schauspielern - noch einmal diskutiert.

- Beginn des Laienberater-Modells

Unter fachlicher Supervision und wissenschaftlicher Begleitung bieten nichtprofessionelle Helfer einzelnen Patienten individuelle Hilfen bei ihren Problemen, vor allem aber soziale Kontakte und partnerschaftliche Beziehungen.

Das Projekt wird nach zwei Jahren abgeschlossen.

- Herausgabe der Broschüre „Kennen Sie Ihre psychiatrische Klinik?“

Im Dezember 1975 veranstaltet der Verein eine öffentliche „Diskussionsveranstaltung im Zentrum der Psychiatrie“ und gibt zu diesem Anlaß eine Informationsbroschüre heraus.

- Ausstellung „Bilder der kranken Seele“ im Zentrum der Psychiatrie

Gleichzeitig findet in der Klinik die Ausstellung „Bilder der kranken Seele“ statt.

1976

- „Frankfurter Psychiatriestreit“ Im Rahmen einer Sendereihe des Hessischen Rundfunks gibt die Bürgerhilfe dem Journalisten Ernst Klee Gelegenheit zu einer Gesprächsrunde mit Patienten der Klinik, aus deren Tonbandaufnahmen eine Sendung entsteht. Im Zusammenhang mit deren Ausstrahlung und Zeitungsberichten kommt es zu einer Kontroverse, die als „Frankfurter Psychiatriestreit“ bekannt geworden ist.
- Erstausgabe der Zeitschrift TREFFPUNKTE Anlässlich einer Ausstellung der AKTION PSYCHISCH KRANKE in der Frankfurter Paulskirche erscheint die erste Ausgabe der Zeitschrift TREFFPUNKTE.

In unterschiedlichem Umfang und in den verschiedensten Erscheinungsformen ist die Zeitschrift bis heute (19. Jahrgang) ohne Unterbrechung erschienen

1977

- Verleihung des Innovationspreises durch die Kulturpolitische Gesellschaft e. V. In Würdigung seines Engagements, kulturelle Angebote auch stationären Patienten zugänglich zu machen und gleichzeitig einen Beitrag zur Öffnung der Klinik zu leisten, wird dem Verein für die „Kulturellen Veranstaltungen im Zentrum der Psychiatrie“ der Innovationspreis der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V. aus Bonn verliehen.

1979

- Gewährung eines Stipendiums für Kunsttherapie im Zentrum der Psychiatrie Die „Georg und Franziska Speyer'sche Hochschulstiftung“ gewährt ein Stipendium zur Durchführung von Kunsttherapie auf den geschlossenen Abteilungen im Zentrum der Psychiatrie.

Später wird das Projekt Kunsttherapie auch außerhalb der Klinik in Räumen der Frankfurter Städelschule bis ins Jahr 1992 weitergeführt.

1980

- Kunstausstellung in der Frankfurter Paulskirche Im Frühjahr 1980 organisiert die Bürgerhilfe in Verbindung mit der von ihr herausgegebenen Zeitschrift TREFFPUNKTE eine Kunstausstellung in der Frankfurter Paulskirche.

23 zum Teil international anerkannte Künstler beteiligen sich an der Ausstellung, die von ca. 10.000 Besuchern gesehen wird.

1981

- Eröffnung des „TEPLITZ-PAVILLON“

Gemeinsam mit anderen Institutionen aus dem sozialen Bereich richtet die Bürgerhilfe in Frankfurt-Sachsenhausen den TEPLITZ-PAVILLON als außerklinische Clubeinrichtung und Beratungsstelle ein.

1986

- Übernahme der ambulanten sozialpsychiatrischen Versorgung im Sektor Ffm-Süd

Aufbauend auf der Arbeit im TEPLITZ-PAVILLON übernimmt der Verein im Rahmen der Sektorisierung der ambulanten sozialpsychiatrischen Versorgung den Bereich Frankfurt-Süd.

Aus der außerklinischen Clubeinrichtung und Beratungsstelle entsteht die Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstelle Ffm-Süd.

1989

- Eröffnung der PSKB Ffm-Süd und des TREFFPUNKT-SÜD in der Mörfelder Landstr. 45a

Um für die steigende Anzahl der Klienten besser erreichbar zu sein, zieht die Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstelle zum Südbahnhof um.

Aus dem TEPLITZ-PAVILLON wird der TREFFPUNKT SÜD.

- Einrichtung von fünf Wohngemeinschaften mit insgesamt 14 Plätzen in Ffm-Niederrad

Nach 2-jähriger Suche kann die Bürgerhilfe ein Haus und zwei Wohnungen in ihrem Sektor anmieten und sich damit am Projekt „Betreutes Wohnen für psychisch Kranke/see-lisch Behinderte“ des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen beteiligen.

Heute verfügt der Verein über insgesamt 42 Plätze im Betreuten Wohnen, davon 19 in Wohngemeinschaften.

1990

- Inbetriebnahme der Tagesbetreuungsstätte TEPLITZ-PAVILLON

Im Dezember 1990 wird in den ehemaligen Räumen der Beratungsstelle die zweite Tagesbetreuungsstätte in Frankfurt eröffnet.

Zunächst ausgelegt auf 15 Besucher, bietet die Tagesstätte heute 21 Klienten ein tagesstrukturierendes Angebot und fachliche Betreuung.

1991

- Organisation, Planung und Durchführung der Frankfurter Psychiatriewoche

In den Jahren 1991, 1992 und 1993 übernimmt der Verein in Zusammenarbeit mit der Fachgruppe Psychiatrie im Psychosozialen Ausschuß der Stadt Frankfurt die Koordination der Veranstaltungen der jeweiligen Frankfurter Psychiatriewoche.

1. August 1992
Christof Streidl †

In den frühen Morgenstunden des 1. August 1992 wird Christof Streidl - Gründungsmitglied und langjähriger 1. Vorsitzender des Vereins - bei dem Versuch, Unfallopfern auf der Autobahn ärztliche Hilfe zu leisten, überfahren und getötet.

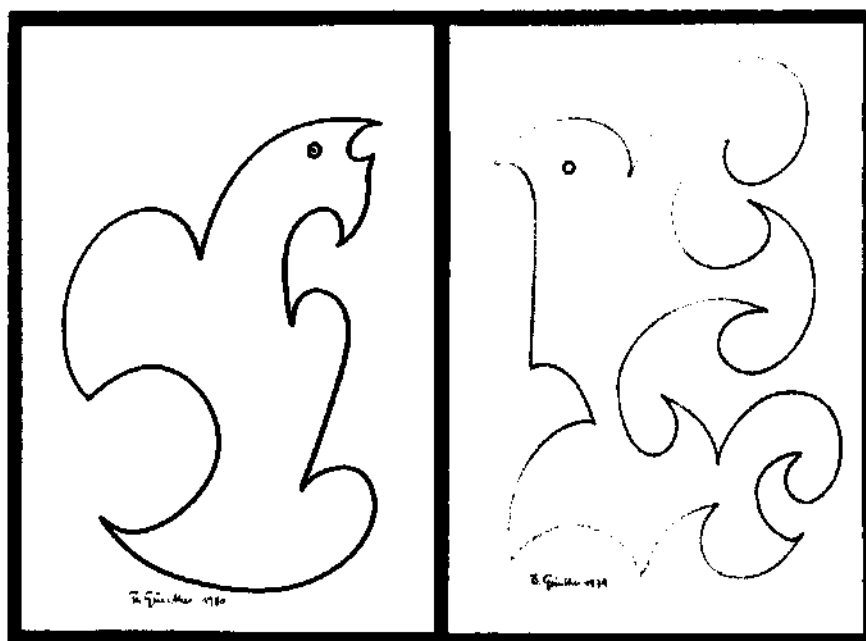
Der Verein verliert seinen 1. Vorsitzenden; viele Mitglieder und Mitarbeiter einen Freund.

1994

- Übernahme des Psychosozialen Krisendienstes

Mit dem Psychosozialen Krisendienst Frankfurt wird ein neuer Baustein im psychiatrischen Versorgungssystem geschaffen.

Die Bürgerhilfe übernimmt den Aufbau und die Koordination des Krisendienstes im Einsatz, der am 1. Februar 1995 seine Arbeit aufnimmt.



BERND GÜNTHER

Beglaubigte Fotokopie

GRÜNDUNGSPROTOKOLL vom 2.12.1970

errichtet in Frankfurt a.M., Universitätsnervenklinik

Am 1.12.1970 wurde der Verein "Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Ffm" gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern gehören:

- 1) Dr.med. Dietfried Pieschl, Arzt, Schwalbach/Ts., Julius-Dreht-Straße 16,
- 2) Dr.med. Wolfgang Pittrich, Arzt, Frankfurt a.M., Schleusenstraße 11,
- 3) Dr.med. Christof Streidl, Arzt, Frankfurt a.M., Gartenstraße 147,
- 4) Dr.med. Iwailo Rogosaroff, Arzt, Frankfurt a.M., Heinrich-Hoffmann-Straße 4,
- 5) Herr Werner Richtberg, Dipl. Psychologe, Frankfurt a.M., Heinrich-Hoffmann-Straße 5,
- 6) Herr Dietrich Giering, Soziologe, Frankfurt a.M., Steinkleestraße 5,
- 7) Herr Thomas Klüsche, Seelsorger, Frankfurt a.M., Hainerweg 29,
- 8) Fräulein Gisela Kiel, Sozialarbeiterin, Frankfurt a.M., Schleusenweg 11,
- 9) Fräulein Regine Marx, Sozialarbeiterin, Frankfurt a.M., Schleusenweg 11,
- 10) Frau Monika Kampmann, Krankenschwester, Ffm.-Sossenheim, Nikolausstraße 6,
- 11) Herr Leopold Lehnfeld, Krankenpfleger, Frankfurt a.M., Gleimstraße 2,
- 12) Herr Edgar Liebrucks, cand. jur., Frankfurt a.M., Bernadottestraße 66.

Zu der heutigen Mitgliederversammlung waren alle Mitglieder erschienen. Herr Dr. Pieschl leitete die Versammlung, Herr cand. jur. Edgar Liebrucks war als Schriftführer tätig.

Herr Dr. Pieschl eröffnete die Versammlung und faßte noch einmal zusammen, was in den vergangenen Wochen gemeinsam diskutiert worden war. Von Herrn Liebrucks wurde die vorbereitete Satzung verlesen, über deren Präambel sich noch einmal eine Diskussion ergab. Es wurden einige Sätze umformuliert, bis sie von allen Anwesenden akzeptiert wurden.

Herr Liebrucks erklärte sich bereit, für diese Sitzung noch einmal das Protokoll anzufertigen, lehnte aber den Posten des Schriftführers für den Verein ab. Auf die Frage, ob alle mit der Gründung des Vereins und der Satzung einverstanden seien, gab es keine negativen Antworten und Herr Dr. Pieschl erklärte die Gründung des Vereins für vollzogen.

Es folgte die Wahl des Vorstandes, die auf Antrag geheim sein sollte, falls mehrere Kandidaten zur Wahl vorgeschlagen würden.

Für das Amt des 1. Vorsitzenden wurden Herr Prof. Dr. Bochnik oder Herr Prof. Dr. Zutt vorgeschlagen, dann aber im Hinblick auf deren geringe Zeit, die sie dem Verein widmen könnten, abgelehnt. Es wurde daher Herr Dr. Pieschl vorgeschlagen und mit Akklamation einstimmig gewählt. Er nahm die Wahl an.

Als Organisator für Öffentlichkeitsarbeit wurde Herr Giering vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Er nahm die Wahl an.

Als Organisator für die Zusammenarbeit mit anderen sozialpsychiatrischen Einrichtungen wurde Fräulein Kiel vorgeschlagen und durch Akklamation einstimmig gewählt. Sie nahm die Wahl an.

Als Organisator für die Zusammenarbeit mit freiwilligen Helfern wurde Herr Klüsche vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Er nahm die Wahl an.

Als Geschäftsführer wurden Herr Richtberg und Herr Liebrucks vorgeschlagen. Herr Richtberg lehnte die Kandidatur im Hinblick auf seine Kandidatur zum 2. Vorsitzenden ab. Herr Liebrucks wurde daher durch Akklamation einstimmig gewählt. Er nahm die Wahl an.

Als Schriftführer erklärte sich Herr Dr. Streidl bereit und wurde einstimmig

25 Jahre Bürgerhilfe

gewählt. Er nahm die Wahl an.

Zur Wahl des 2. Vorsitzenden kandidierten Herr Dr. Pittrich und Herr Richtberg. Zum Wahlleiter wurde Herr Klüsche bestimmt, dem Herr Liebrucks assistierte. Es wurden 12 Stimmen abgegeben, davon war 1 Stimme ungültig, 7 Stimmen fielen auf Herrn Dr. Pittrich, 4 fielen auf Herrn Richtberg. Herr Dr. Pittrich war damit zum 2. Vorsitzenden gewählt und nahm die Wahl an.

Zu Kassenprüfern wurden Herr Lehnfeld und Frl. Marx gewählt.

Herr Dr. Pieschl stellte die ordnungsgemäße Wahl des Vorstandes fest. Mit dem Beschluß, Herr Liebrucks möge den Antrag auf Anerkennung als gemeinnützige Körperschaft beim Finanzamt stellen und dann den Verein zum Registergericht anmelden, wurde die Versammlung geschlossen.

Pieschl

Frankfurt, 2. 12. 70 Liebrucks



Die völlige Übereinstimmung
vorstehenden Inhalts mit der Ur-
schrift beglaubige ich hiermit.

Frankfurt am Main, den 26. April 1971

Maria Schminck-Spoer
Notarin.

AKTION PSYCHISCH KRANKE

Vereinigung zur Reform der Versorgung
psychisch Kranker e. V.

AKTION PSYCHISCH KRANKE · Graurheindorfer Straße 15 · 53111 Bonn

Graurheindorfer Straße 15
53111 Bonn
Telefon (0228) 63 15 45
Telefax (0228) 63 03 87
20. Oktober 1995

Sehr geehrter Herr Strehse,

zum Jubiläum gratuliere ich herzlich! Daß es schon so lange die TREFFPUNKTE gibt, hat seine Wurzeln in der Tradition der Sozialpsychiatrie im Frankfurter Raum, die bis in die frühen 60er Jahre zurückreicht, und deren Erfahrungen auch die Arbeit der AKTION PSYCHISCH KRANKE maßgeblich befruchtet hat (Kulenkampff, Bosch, Bauer).

Für dieses Sonderheft will ich einige Rahmenbedingungen auf Bundesebene skizzieren, die für die weitere Entwicklung der Gemeindepsychiatrie auch in Frankfurt und in Hessen wichtig sind.

In der Fachwelt besteht Einigkeit darüber, daß die Psychiatriereform bei den Menschen mit chronisch rezidivierendem Krankheitsverlauf und Behinderungen beginnen und ihren Schwerpunkt haben sollte. Dementsprechend müßten sich die gesetzlichen Gestaltungsbestrebungen zunächst auf den ambulanten und komplementären Bereich konzentrieren. Allerdings entstand vor einer Regelung für diesen Bereich zuerst die Psychiatrie-Personalverordnung.

Die Psych-PV führt zu einer Personalaufstockung in den meisten Psychiatrischen Krankenhäusern und Abteilungen, obwohl Sparen im Gesundheitswesen angesagt ist. Die langfristige Rechtfertigung für dieses Mehr an Personal angesichts knapper werdender Ressourcen ist die entsprechende Verbesserung der Behandlung, und zwar aus Sicht der Patientinnen und Patienten einschließlich ihrer Angehörigen, der regionalen medizinischen und sozialen Kooperationspartner der Krankenhauspsychiatrie und vor allem der Kostenträger. Damit rückt die Qualitätsoptimierung und Qualitätssicherung von Krankenhauspsychiatrie ganz in den Vordergrund.

Dabei sind unsere zentralen klinischen Ziele neben der Behandlung der Krankheit:

- die Befähigung der Patientinnen und Patienten und ihrer Bezugspersonen zur Bewältigung der Erkrankung;
- die Befähigung zur Inanspruchnahme geeigneter nicht-psychiatrischer Hilfen vor Ort;
- die Unterstützung der nicht-psychiatrischen TherapeutInnen und HelferInnen vor Ort bei der Behandlung und Betreuung von psychisch kranken Personen und bei der Beratung ihrer Bezugspersonen.

Hierbei müssen wir voneinander lernen und Sorgen und Bedürfnisse der Angehörigen, Betroffenen aufnehmen und gemeinsam Problemlösungen entwickeln.

Vorstand:

Bernhard Jagoda, Vorsitzender, Nürnberg
Prof. Dr. Heinrich Kunze, stellv. Vorsitzender, Bad Emstal
Walter Picard, Ehrenvorsitzender
Regina Schmidt-Zadel, MdB, Schatzmeisterin, Bonn

Prof. Dr. Manfred Bauer, Offenbach
Prof. Dr. Gregor Bosch, Berlin
Dr. Ulrich Hoffmann, Potsdam
Volker Kauder, MdB, Bonn

Prof. Dr. Caspar Kulenkampff, Lübeck
Dr. Bruno Menzel, MdB, Bonn
Dr. Niels Pörksen, Bielefeld
Dr. Bernhard Riecke, Weimar


Bankverbindung: Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) Konto-Nr. 11 702 867

Eine Expertenrunde bei der AKTION PSYCHISCH KRANKE ist zur Zeit dabei, ausgehend von der Psych-PV, einen Leitfaden zur Qualitätsbeurteilung in der Krankenhauspsychiatrie zu erarbeiten, der im Mai nächsten Jahres der Fachöffentlichkeit vorgestellt werden soll.

Besonderes Gewicht hat darüber hinaus das von 1992 bis 1996 laufende Projekt "Personalbemessung im komplementären Bereich" (gefördert vom Bundesgesundheitsministerium). Eine Arbeitsgruppe von 6 Expertinnen und Experten unter Leitung von Dr. Kruckenberg, Bremen, wird begleitet von einer Kommission mit Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Berufsgruppen und Verbände. Dem Vorbild der Psych-PV folgend geht es darum, personenzentriert vorzugehen, d.h. Leistungen für Personen zu beschreiben - statt Einrichtungen, denen dann Personen zugeordnet werden. Ziel ist es, die Hilfen zu beschreiben, die auch schwer psychisch gestörte Personen benötigen, damit sie mit den entsprechenden Hilfen möglichst in ihrem eigenen Lebensfeld leben können, statt daß sie von einer Einrichtung zur anderen (im Sinne der Rehakette) weitergereicht werden mit der Konsequenz der immer erneuten Entwurzelung, oder in Großeinrichtungen weit weg von ihrem ursprünglichen Lebensfeld beheimatet werden.

Ziel von Gemeindepsychiatrie ist es, chronisch psychisch kranke und behinderte Personen zu befähigen, in einem soweit als möglich normalen sozialen Kontext den bestmöglichen Gebrauch von ihren verbliebenen Fähigkeiten zu machen (Bennett). Die Gemeinde bietet ihnen Asyl im Sinne von Schutz/Zuflucht - statt sie in Asyle im Sinne von Goffman ("totale Institution") zu institutionalisieren und damit aus ihrem Kreis, ihrer Stadt auszubürgern, oder sie in die Obdachlosigkeit abzudrängen.

Mit besten Grüßen



Prof. Dr. H. Kunze
stellvertr. Vorsitzender

Literaturhinweis:

Kruckenberg/Jagoda/AKTION PSYCHISCH KRANKE: "Personalbemessung im komplementären Bereich - von der institutions- zur personenzugewandten Behandlung und Rehabilitation" - Tagungsbericht, Selbstverlag: AKTION PSYCHISCH KRANKE

Kunze, Kruckenberg, Brill, Crome, Gromann-Richter, Hölzke, Stahlkopf: "Abkehr vom Institutionalismus - auf dem Wege zu einer personenzentrierten Organisation und Finanzierung psychiatrischer Hilfen in der Kommune" in: BOCK u.a.: Abschied von Babylon, Psychiatrie-Verlag 1995;

Arbeitsgemeinschaft der Angehörigen, Freunde und Förderer
psychisch/seelisch kranker Menschen in Frankfurt a. M. e. V.



Arbeitsgemeinschaft der Angehörigen · Uhlandstr. 50 HH · 60314 Frankfurt

Frankfurt, im Oktober 1995

Die Arbeitsgemeinschaft der Angehörigen, Freunde und Förderer psychisch/seelisch kranker Menschen in Frankfurt am Main e.V. gratuliert der Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e.V. sehr herzlich zum 25-jährigen Bestehen.

In den 7 Jahren unseres Bestehens haben wir immer wieder mit der Bürgerhilfe zusammengearbeitet.

Sichtbares Zeichen ist der Psychosoziale Krisendienst, den unsere Arbeitsgemeinschaft jahrelang gefordert hatte. Mit Hilfe des Gesundheitsdezernates als Geldgeber, dem Einsatz vieler Mitarbeiter im psychosozialen Bereich und der ärztlichen Unterstützung durch den Bamberger Hof nahm der Psychosoziale Krisendienst im Februar 1994 seinen Dienst auf. Außerhalb der Bürozeiten sind hier an Wochentagen von 17 - 22 Uhr und an Wochenenden und Feiertagen von 15 - 19 Uhr kompetente Ansprechpartner unter der Telefonnummer 611 375 zu erreichen. **Die Organisation des Psychosozialen Krisendienstes wird von Frau Förtsch von der Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie mit großem Engagement durchgeführt.** Die vielen Anrufe vor allem der psychisch kranken Menschen zeigen, welche wichtige Aufgabe hier erfüllt wird.

Das 25-jährige Jubiläum der Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie soll ein Anlaß sein, ganz herzlich Dank zu sagen für die geleistete Arbeit.

Edelgard Nolting

Büro
Uhlandstr. 50 HH
60314 Frankfurt

Telefon
freitags, 17-19 Uhr
(069) 43 96 45

Konto
Frankfurter Sparkasse
(500 502 01) 451 492

Gemeinnützigkeit
ist zuerkannt

LANDESWOHLFAHRTSVERBAND HESSEN WALDKRANKENHAUS KÖPPERN

Außenstelle „Bamberger Hof“

Waldkrankenhaus Köppern: ASI Bamberger Hof: Kelsterbacher Straße 14
6000 Frankfurt am Main 71



Neue Telefonnummern:
(069) 57 00 02-0

Auskunft erteilt:

Geschäftszeichen:
(Im Antwortschreiben bitte angeben)

Datum und Zeichen Ihrer Nachricht

FRANKFURT a. M., Kelsterbacher Str. 14,
den,

Betreff

Bürgerhilfe und Bamberger Hof - Freunde und Partner

25 Jahre Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie, das ist aus Sicht des Bamberger Hofes, Außenstelle Frankfurt, Funktionsbereich Sozialpsychiatrie, eine 19 Jahre alte Beziehungsgeschichte.

Wir führen Sozialpsychiatrie nicht nur gemeinsam im Namen.

War es zunächst die aufsuchende Sozialarbeit der Bürgerhilfe, die auch für Patienten des Bamberger Hofes zu Hilfe kam, erweiterte sich das bald um die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen. Viele, die bis dahin sich kaum in städtische Theater gewagt hatten, konnten so Hemmschwellen überwinden.

Und dann kamen die Infostände der Bürgerhilfe an den Sommerfesten des Bamberger Hofes, meist mit Erdbeeren und Sahne.

Die alltägliche praktische Zusammenarbeit wurde noch intensiver durch die Kooperation zwischen Tagesklinik und Tagesstätte, denn vorher fehlten im Süden der Stadt diese Möglichkeiten der klinischen und nichtklinischen tagesstrukturierenden Angebote.

Wir freuten uns über die Möglichkeit, in Betreute Wohngemeinschaften der Bürgerhilfe Patienten zu entlassen.

Und diese können wiederum in der Institutsambulanz des Bamberger Hofes weiter ambulante fachärztliche Behandlung und Nachsorge im multiprofessionellen Ambulanzteam erfahren.

Waren die bisherigen Kontakte und Kooperationsformen bei aller nachbarschaftlichen Nähe stets auf beiderseitige Unabhängigkeit bedacht, starteten wir mit dem Psychosozialen Krisendienst ein neues Modell der Vernetzung im Gemeindepsychiatrischen Verbund.

Telefon:
40 691 67 80 85 - 98

Bezeichnung für Güter:
Frankfurt/Main

Bankverbindung:
Nassauische Sparkasse Friedrichsdorf
Konto-Nr. 248 012 609 4BLZ 510 500 151

Bei diesem joint-venture übernimmt die Bürgerhilfe die Koordination für die telefonischen Berater und der Bamberger Hof den medizinisch-fachärztlichen Teil. Nachdem 15 Jahre lang intensiv über Krisendienst in Frankfurt diskutiert wurde, haben wir trotz knapper Kassen eine für diese Stadt angemessene Lösung gefunden, die nicht zuletzt auch dem ständigen Druck der Lobby der Angehörigen zu verdanken ist.

In gemeinsamer Überzeugungsarbeit in Fachgruppe Psychiatrie, PSAGs und vielen Einzelgesprächen mit Einrichtungen haben wir diesen freiwilligen Zusammenschluß erreicht, der eine Lücke abdeckt und nicht etwa erst den Bedarf schafft, den er dann befriedigen will.

War die Bürgerhilfe als konstruktive Kritik an der Universitätsnervenklinik entstanden und gewachsen, von der sie sich Unterstützung und Anerkennung erhoffte, fühlte sie sich durch die vorwärtsdrängende Umarmung des Bamberger Hofes vielleicht sogar manchmal überrollt. Je mehr die Bürgerhilfe aber aus dem ehrenamtlichen Bereich in den Versorgungsauftrag und institutionellen Rahmen hineinwuchs, umso stärker wurde die nachbarschaftliche Solidarität.

Wir danken der Bürgerhilfe für ihre Unterstützung bei unserem Kampf ums Weiterbestehen nach 1998, damit auch unsere Beziehung 2001 25jähriges Jubiläum feiern kann.

Und wenn Sie die TREFFPUNKTE lesen, so ist das auch schon wieder ein gemeinsames Projekt zwischen Herausgeber Bürgerhilfe und Redaktion Bamberger Hof.

Die Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie mit ihrem langjährigen Vorsitzenden Christof Streidl war ein Vorbild, wie Fachleute, Angehörige, betroffene Psychiatrieerfahrene und engagierte Bürger Hemmschwellen abbauen und Gemeindepsychiatrie ermöglichen.

Wir gratulieren und versprechen, den Weg gemeinsam weiter zu gehen.

Artur Diethelm

25 Jahre Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e.V.

Der 1. Dezember 1995 - für die „Gemeindepsychiatrie“ in Frankfurt am Main ein Feiertag

Ihr Jubiläum bietet uns Anlaß, Rückschau zu halten, Bilanz zu ziehen und über gemeinsame Aufgaben nachzudenken. Ihre Bürgerinitiative kann auf 25 bewegte Jahre erfolgreicher Arbeit zurückblicken. Wir wünschen, daß dieser Rückblick Ihnen Kraft und den Mut gibt, auch in Zukunft Notwendiges sowie Neues anzupacken und kritisch zu begleiten.

Set ihrer Gründung verbindet unsere Vereine das Ziel, den psychisch kranken und seelisch behinderten Bürgerinnen und Bürgern eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben in unserer Stadt Frankfurt am Main zu ermöglichen. Gemeinsames Ziel ist es, zusammen mit diesen Menschen und ihren Angehörigen eine Lebensqualität zu entwickeln, die der Würde des Menschen entspricht. Auch in Zukunft wird hierfür all unsere Kraft, Erfahrung und Kreativität gefordert sein. Es ist gut zu wissen, sich dabei auf einen Handlungs- und Streitpartner wie die Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie e.V. verlassen zu können.

In diesem Sinne gratuliert die frankfurter werkgemeinschaft e.V. und feiert in persönlicher und fachlicher Verbundenheit mit Ihnen Ihr 25-Jähriges Bestehen.

Der Rückblick auf 25 Jahre Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e.V. ist für die frankfurter werkgemeinschaft e.V. ein Anlaß zum Dank - Dank für Begegnungen, persönliche Beziehungen, Impulse, Auseinandersetzung und Verständigung. Stellvertretend hierfür denken wir dabei in Dankbarkeit und Trauer an Christof Streidl. Mit ihm verbindet uns das Abenteuer der Gründerjahre Frankfurter Gemeindepsychiatrie.

frankfurter werkgemeinschaft e.V. (1967), Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e.V. (1970) und Sozialwerk Main-Taunus e.V. (1975) haben ihre Wurzel in der Universitäts - Nervenlinik in Frankfurt. Anlaß für die Gründung dieser Vereine waren Menschen, die mit ihren psychischen und sozialen Leiden und Nöten allein gelassen und vergessen waren. Diese Menschen fanden in ihrer Stadt Frankfurt am Main keinen Platz.

Im Alltag der Universitäts - Nervenlinik fehlte es oft an Menschen, die Zeit hatten, zusammen mit dem Patienten das Leben nach der Entlassung aus dem Krankenhaus vorzubereiten. Die Wegbereiter und Gründer der Vereine engagierten sich, nahmen sich diese Zeit - ihre Freizeit.

Schon bald zeigte sich aber, daß es nicht ausreicht, allein im Krankenhaus aktiv zu sein. In der Stadt Frankfurt gab es keinerlei Angebote und Hilfestellungen. Psychiatrie mußte zum Thema in der Öffentlichkeit werden und es auch bleiben. Neue Wege mußten ausprobiert werden, ohne finanzielle Sicherheit und oft genug im Konflikt mit den Kostenträgern oder dem Elfenbeinturm psychiatrischer Forschung und Lehre.

Die Frankfurter Tradition, notwendige soziale Veränderungen in bürgerschaftlicher Solidarität mit den betroffenen Menschen anzupacken, war herausgefordert. Nicht ein vom grünen Tisch verordneter und administrativ „koordinierter“ Psychiatriepflichtplan gab dabei die Handlungsvorgaben. Orientiert an konkreten Notwendigkeiten und Bedürfnissen und dem jeweils politischen Machbaren wird bis heute kontinuierlich ein pragmatischer Weg verfolgt. Nicht das

Stigma „Psychiatriepatient“ wird aufpoliert. Daß der „Bürger“ - auch mit psychisch bedingten Beeinträchtigungen - in seiner Stadt Frankfurt am Main leben kann, ist das Maß und das Ziel.

Vor diesem Hintergrund drängen sich uns in der heutigen Situation 3 Gesichtspunkte auf, die zur Diskussion anregen sollen:

- Gemeindepsychiatrie ist in Frankfurt gewachsen und in Bewegung. Wachstum und Bewegung werden wir erhalten, wenn wir auf unseren funktionierenden Kommunikations- und Abstimmungsprozessen aufbauen und diese transparenter machen. Koordination ist keine administrative Maßnahme, sondern funktioniert, wenn alle Beteiligten gleichberechtigt in einen ständigen Kommunikationsprozeß eingebunden sind.
- Gemeindepsychiatrie ist der Anspruch des Bürgers, die unterschiedlichen gemeindepsychiatrischen Dienstleistungen selbstbestimmt zu nutzen. Das Streben nach dem perfekt organisierten und kontrollierten System psychiatrischer Versorgung kann diesem Anspruch nicht genügen. Nur Durchlässigkeit und Vernetzung mit nichtpsychiatrischen Systemen vermeiden das Getto geschlossener Institutionen.

- Gemeindepsychiatrie ist nicht nur Medizin und Sozialarbeit, sondern sie umfaßt auch Bildungs- und Kulturarbeit. Gemeindepsychiatrie ist mehr als Behandlung und Pflege. Unterschiedliche Bedürfnisse und Nöte brauchen in Art und Umfang unterschiedliche Angebote, Hilfen, Maßnahmen. Dies gelingt nur bei gleichberechtigter multiprofessioneller und multi-institutioneller Zusammenarbeit. Alle Diskussionen um Zuordnungen und Letztverantwortung lenken von dem Ziel ab, dem Bürger ein selbstbestimmtes Leben in seiner Stadt zu ermöglichen.

„Also sind wir alle aufgerufen, den Psychiater nicht allein zu lassen, ihm zu relativieren, ihm den Platz zu verdeutlichen im Gesamt jener, die sich um den Menschen kümmern, kümmern können, kümmern müssen. In diesem Sinn: Wir brauchen den Pädagogen, den Sozialarbeiter, den Psychologen, den Seelsorger, den Architekten. Beispiele nur.“ (Wilhelm Pöhler, Gründer der fwg, Deutscher Fürsorgetag 1976)

Die frankfurter werkgemeinschaft e.V. - fwg wünscht Ihnen viel Erfolg auf Ihrem weiteren Weg.

Fritz Völker
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied



Klinikum der Johann Wolfgang Goethe - Universität Frankfurt am Main

Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie II
(Leiter: Prof. Dr. B. Pflug)

Frankfurt am Main, im November 1995

Zum 25-jährigen Bestehen wünsche ich, auch im Namen meiner Mitarbeiter, dem Verein Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e. V. viel Glück und alles Gute für seine weitere Arbeit.

Dieser, vor 25 Jahren aus der damaligen Nervenklinik heraus initiierte Verein ist zwischenzeitlich aus den „Kinderschuh“ herausgewachsen. Er hat in den Jahren seit seiner Gründung viel für die gemeindenahe Versorgung psychisch kranker Mitbürger getan.

Die bestehenden Einrichtungen des Vereines - ich möchte hier stellvertretend die Tagesbetreuungsstelle „*Teplitz-Pavillon*“, die Begegnungsstätte „*Treffpunkt Süd*“ sowie die therapeutischen Wohngemeinschaften des Vereins nennen - stellen eine nicht mehr wegzudenkende Ergänzung zur stationären Patientenversorgung dar.

Das Engagement auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit - hier seien die kulturellen Veranstaltungen im Zentrum der Psychiatrie sowie die Zeitschrift für Gemeindepsychiatrie „*Treffpunkte*“ genannt - hat maßgeblich dazu beigetragen, daß die Kluft zwischen Frankfurter Bürgern und den verschiedenen Einrichtungen rund um die Psychiatrie kleiner und das gegenseitige Verständnis größer geworden ist. Eine notwendige Ergänzung für die psychosoziale Versorgung der Stadt Frankfurt ist im vom Verein ins Leben gerufenen Krisendienst zu sehen.

In Zeiten immer knapper werdender finanzieller Mittel ist eine präventive bzw. ergänzende extramurale Betreuung, wie sie in vorbildlicher Weise durch die Bürgerhilfe geleistet wird, eine absolute Notwendigkeit.

Ich wünsche dem Verein für die Zukunft die notwendige finanzielle Sicherheit sowie die verdiente Anerkennung, nicht nur durch Betroffenen.



Prof. Dr. B. Pflug
Leiter der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie II

Prof. Dr. med. D. Pieschl
Facharzt für Neurologie und Psychiatrie/Sozialpsychiatrie
Leiter des Funktionsbereichs Sozialpsychiatrie
am Zentrum der Psychiatrie
des Klinikums der
Johann Wolfgang Goethe-Universität
Frankfurt a. Main

Heinrich-Hoffmann-Str. 10
60528 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 6301-5347
Fax: (069) 6301-5290

30.10.95/Lü.,

GRÜßWORT

zum 25jährigen Jubiläum des Vereins Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie e.V.

Als Leiter der Sozialpsychiatrie am Zentrum der Psychiatrie der Kliniken der Johann Wolfgang Goethe-Universität und als Gründungsvorsitzender des Vereins "Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt a.M." möchte ich im Namen aller Mitarbeiterinnen und den Mitarbeiter und im Namen aller uns anvertrauten Patienten dem Verein Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt a.M. e.V. zu seinem 25jährigen Bestehen herzlich gratulieren und den unentwegten aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr soziales Engagement danken.

Frankfurt, als ehemalige freie Reichsstadt, hat durch seine Weltoffenheit und Toleranz den Boden für eine besondere sozialhygiene Tradition der Bürger der Stadt gebahnt.

So entstand vor mehr als 30 Jahren in Frankfurt die erste sozialpsychiatrische Abteilung in einem Universitätsklinikum in Deutschland. Es ist das besondere Verdienst des ehemaligen Lehrstuhlinhabers für Psychiatrie, Prof. Dr. Jörg Zutt, über seine anthropologischen Grunderfahrungen der wissenschaftlichen Weg der Sozialpsychiatrie geebnet zu haben.

Gegenstand sozialpsychiatrischer Forschung ist nicht nur der menschliche Körper als anatomische Gegebenheit und als Träger physiologischer Abläufe, sondern auch die Person, als einmalige Persönlichkeit mit ihren individuellen lebensgeschichtlichen Erfahrungen.

Es war naheliegend, daß ein biopsychosoziales Krankheitsverständnis der Forschung zwar breite umfassendere Felder eröffnet, daß aber die therapeutische Nutzenanwendung dieser Erkenntnisse für die Patienten noch lange auf sich warten lassen würde.

Aus diesen Überlegungen entsprang die Idee, durch vertiefte Öffentlichkeitsarbeit in der Bürgerschaft mehr Akzeptanz und Toleranz für die ungeheurere Vielfalt menschlichen Lebens und Erlebens zu erreichen.

Am 21.12.1967 wurde mit diesem Ziel der "Frankfurter Verein zur Fürsorge für psychisch Gefährdete" gegründet, dessen Leistungen mit den Namen Prof. Dr. Flesch-Tebesius, Prof. Dr. Zutt, Medizinaldirektor Dr. Lechler, Direktor H. Sittig, Prof. Dr. H. J. Bochnik usw. verbunden bleiben.

Im September 1970 entwickelten Ärzte der Psychiatrisch-Neurologischen Universitätsklinik in Frankfurt a.M. die Idee, das neue sozialpsychiatrische Gedankengut beschleunigt in die Praxis umzusetzen und gemeindepsychiatrische Versorgungssysteme mit Unterstützung der Bürger dieser Stadt zu entwickeln.

25 Jahre Bürgerhilfe

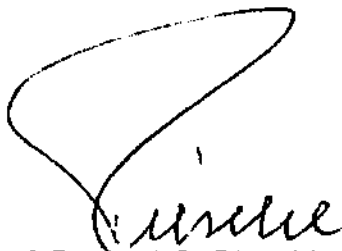
Neben der betonten Einstellungsänderung der Öffentlichkeit zu ihren psychisch Kranken sollten neuartige Konzepte bei der Behandlung, bei der Wiedereingliederung, bei der vor- und nachsorgenden Betreuung verwirklicht werden.

Die Gründungsversammlung zu diesem Bürgervorhaben der Sozialpsychiatrie fand am 01.12.70 statt. Die Verabschiedung der Satzung erfolgte am 01.01.71, die Gemeinnützigkeitsbescheinigung durch das Finanzamt wurde am 21.01.71 ausgestellt.

Seit dem 23.06.71 ist der Verein Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt a.M. e.V. in das Vereinsregister beim Amtsgericht der Stadt Frankfurt a.M. eingetragen.

Seit dieser Zeit hat der Verein Bürgerhilfe nicht nur im klinischen Bereich durch kulturelle Veranstaltungen, durch den Aufbau von Wohngemeinschaften, durch Verbesserung der Gestaltungstherapie wertvolle Hilfen gegeben, sondern, wie im Sinne der Namensgebung gewollt, im außer-klinischen sozialpsychiatrischen Feld eine besondere Bedeutung erlangt.

Wir sind glücklich darüber, daß die Grundidee, Bürger Frankfurts für ihre kranken Mitmenschen zu begeistern, feste Wurzeln geschlagen hat und daß der Verein Bürgerhilfe mit dazu beiträgt, eine humane Betreuung in der Psychiatrie durchzusetzen.



Prof. Dr. med. D. Pieschl
Leiter des
Funktionsbereichs Sozialpsychiatrie
am Zentrum der Psychiatrie

Landeswohlfahrtsverband Hessen

Der Landesdirektor



34117 Kassel, 25. Okt. 1995
Ständeplatz 6 - 10

Grußwort des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

Am 01. Dezember 1995 blickt der Verein **Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e.V.** auf genau 25 Jahre engagierte Tätigkeit in der Arbeit mit psychisch kranken und seelisch behinderten Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt Frankfurt am Main zurück.

Aus Anlaß dieses 25-jährigen Vereinsjubiläums gratuliere ich dem Vorstand, den Mitgliedern und den Mitarbeitern des Vereins im Namen des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen und verbinde dies mit dem Dank an alle ehrenamtlichen Helfer und an die hauptamtlichen Mitarbeiter für die bis heute geleistete Arbeit.

Vom Gründungstag an setzte und setzt sich die **Bürgerhilfe** für die Verbesserung der klinischen psychiatrischen Behandlung in der damaligen Universitäts-Nervenklinik und dem jetzigen „Zentrum der Psychiatrie“ sowie für den Aufbau komplementärer psychosozialer Förderungs- und Betreuungsangebote in Frankfurt am Main ein. Zu diesen Angeboten gehören Betreute Wohngemeinschaften, Kontakt- und Beratungsstellen, Kulturtreffs und Psychiatrie-Veranstaltungen sowie eine Tagesbetreuungsstätte (Teplitz-Pavillion).

So gelang es Ihrem Verein bereits im Jahr 1971, also einem Jahr nach der Vereinsgründung, eine der bundesweit ersten Betreuten Wohngemeinschaften für psychisch Kranke in Frankfurt-Sachsenhausen einzurichten.

In der Folgezeit wurden dann durch eine Vielzahl von Kultur- und Diskussionsveranstaltungen Patienten, Klinikmitarbeiter, ehrenamtliche Laienhelfer und Personen des öffentlichen Lebens miteinander ins Gespräch und in gemeinsame, gegenseitig anregende Aktionen gebracht. Damit wurde auch entscheidend zur weiteren Öffnung der Klinikpsychiatrie und zur gesellschaftlichen Akzeptanz und zum Verständnis von psychischen Erkrankungen beigetragen. Hierdurch erfolgte ein großer Schritt auf dem Weg zur Anerkennung und Gleichstellung von psychisch Erkrankten mit somatisch erkrankten Personen.

25 Jahre Bürgerhilfe

Seit 1986 hat sich dann die Arbeit der **Bürgerhilfe** in starkem Maße „professionalisiert“: Im Rahmen der Sektorisierung der sozialpsychiatrischen Versorgung in Frankfurt am Main übernahm der Verein mit dem **Sektor Frankfurt-Süd** eines der nunmehr vier Standardversorgungsgebiete der Main-Metropole. Es entstanden in der Folgezeit die **Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstelle (1986)**, das **Betreute Wohnen (1989)** und die **Tagesstätte (1990)**. Mit dem Aufbau des **Psychosozialen Krisendienstes (1995)** wird dieser vom Verein in den vergangenen 25 Jahren engagiert eingeleitete und beschrittene Weg zur Förderung, Beratung und Betreuung psychisch kranker Menschen in Frankfurt konsequent fortgesetzt.

Damit haben Sie aus der Sicht des Landeswohlfahrtsverbandes großen Anteil am Aufbau von bedarfsgerechten Lebensräumen für psychisch kranke und seelisch behinderte Frankfurter Bürgerinnen und Bürger, die zum Teil bereits lange Klinikaufenthalte hinter sich haben und mit Ihrer Hilfe wieder in normalisierte Lebensverhältnisse eingegliedert werden können. Sie leisten damit einen hervorragenden Beitrag zur praktischen Sozialpolitik unseres Landes.

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen geht in enger Abstimmung mit den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Land Hessen auch in den aktuellen Zeiten knapper Finanzmittel aller „öffentlichen Hände“ auch zukünftig von der Notwendigkeit Ihrer Angebote aus. Dies hat der Verband erst jüngst mit seinem Konzept „Perspektiven für die Schaffung von Lebensräumen für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen in der Gemeinde“ dargelegt. Gleichzeitig erlauben Sie mir jedoch an dieser Stelle, auch darauf hinzuweisen, daß ein weiterer „rasanter“ Ausbau in der Gemeindepsychiatrie sicher nicht ohne weiteres möglich sein wird. Hier werden neue Projektplanungen und ihre Realisierungen zeitlich „gestreckt“ werden müssen; auch wenn ich dies im Hinblick auf die betroffenen Menschen bedauere. Ich bin aber sicher, daß Ihre hohe Professionalität, die Mithilfe der ehrenamtlichen Mitglieder Ihres Vereines und die gute und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Landeswohlfahrtsverband Hessen - für die ich mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich bedanken möchte - Ihnen auch zukünftig und über das Jubiläumsjahr hinaus helfen und Sie in Ihren Aufgaben und in Ihrer Arbeit unterstützen werden.

Ich wünsche Ihnen alles Gute, verbunden mit der Hoffnung auf ein weiteres erfolgreiches Wirken.



(Lutz Bauer)
Landesdirektor